

Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr - öffentlich - vom 29.01.2019
1) TOP Bürger fragen

--

2) TOP 1-007/19 Fahrgastzahlenentwicklung/-darstellung und Analyse

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-007/19 ein.

Mit Einführung des 1,00 Euro Tickets seien die Fahrgastzahlen deutlich gestiegen. Nach der Abschaffung des Angebots habe es im Oktober 2018 eine Zäsur gegeben. Der geringe Anstieg an verkauften Tagestickets könne den Rückgang der Verkaufszahlen von Einzelfahrscheinen nicht auffangen.

Die Werbemaßnahmen für das 1,00 Euro Ticket seien zur Bekanntmachung des Stadtbusses in Donaueschingen wichtig gewesen. Durch gute Marketingaktionen sei zunächst eine positive Entwicklung der Fahrgastzahlen sichtbar gewesen. Der reguläre Ticketpreis für eine Fahrt mit dem Stadtbus würde als zu teuer eingeschätzt. Der Schwerpunkt solle nun darauf liegen, Fahrgäste durch langfristige Bindung zu gewinnen.

Der reguläre Ticketpreis für eine Fahrt mit dem Stadtbus würde als zu teuer eingeschätzt. Die Einführung eines Kurzstreckentarifs werde gewünscht. Es stelle sich die Frage, ob die Anbindung an den Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH (VSB) sinnvoll sei, da eine Preissteuerung dann nicht möglich sei.

Er bitte Herrn Hüsler vom Ingenieurbüro für Verkehrsplanung (IBV) Hüsler AG in Zürich darum, seine Sichtweise auf die Zahlen zu erläutern.

Herr Hüsler, IBV Hüsler AG: Zunächst wolle er sich zu den Fahrgastzahlen äußern. Nach einem Jahr Betriebszeit habe es 200.000 Fahrten nach 11 Monaten gegeben. Die Schätzung habe bei 250.000 Fahrgastzahlen nach einem Jahr Betriebszeit gelegen. Das sei eine gute Entwicklung gewesen.

Die Sache mit den Tarifen sei schwierig. Der Tarif habe an sich keinen wesentlichen Einfluss auf die Fahrgastzahlen. Aber es löse ungünstige Reaktionen aus, wenn der Preis im Nachgang teurer sei. Das 1,00 Euro Ticket sei ein großer Erfolg gewesen, was ihn freue. Aber umgekehrt sei es schwierig, das wieder abzuschaffen. Dem Marketingteam wolle er ein großes Lob aussprechen.

Aus seiner Sicht sei es wichtig, Abonnements zu verkaufen, um Gewohnheitskunden zu gewinnen, die nicht nur sporadische Nutzer seien.

Um zu erkennen was gut oder weniger gut laufe, fordere er Daten zum tatsächlichen Ein- und Ausstieg, da die Zahlen gerade im Abonnementbereich hochgerechnet seien. Interessant wäre, welche Haltestellen gut angenommen würden und in welchen Stadtteilen eher kein Bedarf sei.

Die Software für die Fahrgasterfassung koste 60.000,00 Euro, was abschrecke. Alternativ könne man für zehn Prozent des Preises die Fahrgastzählung auch mit Studenten durchführen, die eine Zeitlang im Bus mitfahren würden. Man brauche ein genaues Bild, bevor man etwas ändern könne und müsse wissen, was gut laufe. Veränderungen des Konzepts seien erst nach ungefähr zwei Jahren sinnvoll.

Stadtrat Hall: Die Sitzungsvorlage sei sehr gut gefertigt. Der VSB-Tarif habe damals beim Stadtbus angewendet werden müssen. Der Gemeinderat habe jedoch darum gebeten, einen Citytarif einzuführen. Eine Fahrt beispielsweise zum Wochenmarkt und zurück für 4,60 Euro sei einfach zu teuer. Die Stadt brauche einen Kurzstreckentarif und günstige Abocards, die übertragbar seien. Richtig sei es, die Werbemaßnahmen zu verringern.

Die Verwaltung solle dringend mit dem VSB verhandeln, andernfalls sei der Stadtbus nicht mehr erfolgreich. Der Tarif müsse zwischen 1,00 Euro und 1,50 Euro liegen.

Stadträtin Wiemer: Es gebe Handlungsbedarf. Sie fordere den Kurzstreckentarif. Bei einer Steigerung der Fahrgastzahlen könne man den CO² Gehalt verringern, die Innenstadt ruhiger gestalten und die Aufenthaltsqualität verbessern. Dafür seien attraktive Preise notwendig.

Dafür seien attraktive Preise notwendig. Die Stadt Radolfzell habe den Ticketpreis für den Bus billiger gemacht und die Parkplatzgebühren erhöht. Für die drei Millionen Euro, die der Parkhausbau kostete, könnten die Leute sechs Jahre kostenlos Bus fahren.

Stadträtin Weishaar: Die Grafik im Südkurier zeige deutlich den Anstieg und Absturz der Fahrgastzahlen nach Abschaffung des 1,00 Euro Tickets. Sie bedauere das knappe Abstimmungsergebnis. Wenigstens gebe es nun die Gutscheinkarte „Zahle 10, fahre 15-mal Donaubus“ Der Bus werde gut angenommen, wenn er sich preislich lohne. Wichtig sei ihr eine übertragbare Abocard, wie in Freiburg. Der Bus wäre dann besser ausgelastet. Sie erwarte hier Vorschläge vom Betreiber. Der Preis für die Seniorenabos sei hingegen unschlagbar.

Oberbürgermeister Pauly: Als ehemaliger Freiburger könne er bestätigen, dass es in Freiburg zwei verschiedene Abokarten gebe, von denen die eine übertragbar und dafür etwas teurer sei.

Stadtrat Dr. Wagner: Er verweise auf den Expertenrat von Herrn Hüsler, der die Erfassung der Fahrgastzahlen gefordert habe, damit eine Steuerung aufgrund verlässlicher Daten möglich sei. Das habe der Gemeinderat schon vor drei Jahren gefordert. Die Zahlen über verkaufte Abos ergäben noch keinen Hinweis über die Anzahl der tatsächlichen Busfahrten. Die Sitzungsvorlage habe ihm diesmal gefallen, auch wenn die Fahrgastzahlen gefehlt hätten. Er sei der Ansicht, dass der Schlüssel zum Erfolg nicht die Werbung sei, sondern der Preis. Die Werbeagentur habe sich sehr angestrengt, aber mit dem Wegfall des 1,00 Euro Tickets, gebe es auch keine Fahrgäste mehr. Der Werbeeffekt sei nicht nachhaltig. Von allen Monatskarten sei nur die Abocard für Senioren um 20 Stück pro Monat gestiegen, auch die Zahl der verkauften Schülermonatskarten sei gleichgeblieben. Dafür habe es aber ein Werbebudget von 230.000,00 Euro gebraucht. Er fordere hier ein Umdenken und Nachdenken.

Stadtrat Kaiser: Das 1,00 Euro Tickets habe gravierende Auswirkungen gehabt. Gelegenheitsfahrer seien mobilisiert worden. Das Marketing sei sehr gelungen, aber aufwendig. Letztlich entscheide der Fahrpreis.

Ihn interessiere neben den Zahlen über den Ein- und Ausstieg der Fahrgäste auch wie die Einnahmen verteilt würden. Das Marketing solle zielgruppenspezifischer werden, wie Herr Hüsler es vorgeschlagen habe. Die Akzeptanzgrenze pro Einzelfahrschein liege bei 1,50 Euro. Ferner sei er für die Übertragbarkeit der Monatskarte. Es habe viel Werbung für ein leistungsfähiges System gegeben. Jetzt sei es an der Zeit, den Preis und die Tarife mit dem VSB zu überdenken.

Stadträtin Wiemer: Die Werbung für die Abocard Senioren habe sich gelohnt. Die Verkaufszahlen seien gestiegen. Sie freue sich an der Werbung, an den Farben und fahre gerne mit dem Donaubus. Die Ausstattung und Pünktlichkeit gefielen ihr sehr gut. Nun wünsche sie sich außer der Preisänderung nur noch eine Verbindung nach Allmendshofen und die Anbindung der Bad Dürreheimer Straße (Gewerbegebiet).

Stadtrat Hall: Er wolle richtigstellen, dass das geplante Parkhaus keine drei Millionen Euro kostete, auch gebe es da eine Parkraumbewirtschaftung, das Ganze sei nicht kostenfrei. Das „Add on“ des VSB wäre für den Bürger uninteressant, der sehe nur den Fahrpreis von 2,30 Euro.

Oberbürgermeister Pauly: Zusammenfassend würden der Kurzstreckentarif und die Übertragbarkeit der Monatskarte gefordert werden. Falls der Verbund von dem Abschluss und der Umsetzung jedoch noch weit entfernt sei, könne Donaueschingen notfalls auch einen separaten Citytarif einführen.

Herr Pandion, Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH: Die Einführung eines übertragbaren Tickets sei mit einem kleinen Aufpreis wie in Freiburg auch in Donaueschingen möglich.

Der Landkreis habe ein Gutachten vergeben, dessen Ergebnis er bis Ende des Jahres 2019 erwarte. Eine Änderung sei für alle drei Verbünde denkbar. Das Zählsystem für 60.000,00 Euro lohne sich nicht für eine Stadt. Besser wäre eine solche Investition für drei Landkreise. Aber er wolle dem Gutachten nicht alles vorwegnehmen. Mit der Tarifkommission werde er alle Punkte besprechen.

Oberbürgermeister Pauly: Es bringe wenig, den Kurzstreckentarif erst in vier bis fünf Jahren einzuführen. Dann wolle er den Citytarif lieber als Modell für den Stadtbus in Abstimmung mit dem Betreiber einführen, wenn dieser sich das vorstellen könne.

Herr Pandion, Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH: Das mache er schon mit, aber das Modell „Citytarif“ koste Geld und die Einnahmeverluste könnten nicht kompensiert werden. Diese Probleme gebe es auch in Villingen-Schwenningen, Brigachtal und St. Georgen. Der Kurzstreckentarif müsse für alle schneller kommen.

Stadtrat Hall: Das Problem sei schon vor drei Jahren da gewesen, aber es gebe keinen Fortschritt. Das müsse jetzt angegangen werden.

Stadtrat Dr. Wagner: Seit über einem Jahr fehle der Kurzstreckentarif. Mit dem Wegfall des 1,00 Euro Tickets, gäbe es weniger Fahrgäste. Modellversuche außerhalb des VSB-Tarifs seien in Abstimmung mit dem Betreiber für ihn denkbar.

Herr Pandion, Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH (auf Nachfrage von Stadträtin Wiemer): Fördermittel vom Land gebe es für den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) in Höhe von 33% vor allem wegen der dortigen Feinstaubbelastung. Das Land habe ein Gutachten in Auftrag gegeben und sei intensiv dabei, eine Lösung zu finden. Auch eine Tarifkooperation sei in Zusammenarbeit mit den betroffenen Städten möglich.

Stadtrat Kaiser: Es brauche eine neue Tarifstruktur. Die beste Lösung wäre ein Kurzstreckentarif nur im Schwarzwald Baar Kreis. Drei Landkreise in einem Boot seien zu viel.

Oberbürgermeister Pauly: Er fasse zusammen, dass eine Lösung durch einen kurzfristigen Modellversuch mit Villingen-Schwenningen oder, wenn es schneller ginge, auch ohne gesucht werde. Wenn das Modell erfolgreich wäre, könne es auch im Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar übernommen werden.

Beschluss: Die Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3) TOP 1-006/19 Vertrag mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal - Vertragsverlängerung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-006/019 ein.

Der aktuelle Vertrag mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH (VGB) habe eine Laufzeit bis Dezember 2020, eine Verlängerung sei bis maximal sieben Jahre möglich. Er sehe eine Fortsetzung des Vertrags um sieben Jahre mit einem vertraglich vereinbarten jährlichen Zuschuss von 285.000,00 Euro als Erfolg. Bei einer Fahrgastzahlensteigerung gebe es sogar einen Rückfluss des Zuschusses. Der bestehende Vertrag stelle eine gute Basis dar und die Zusammenarbeit sei auch gut. Mehrleistungswünsche wie mehr Linien bräuchten einen entsprechenden Kostenrahmen.

Stadtrat Dr. Wagner: Erst müsse der Bedarf geklärt werden, um Verhandlungen mit dem Vertragspartner zu führen. Man könne keinen Vertrag abschließen, der fast 300.000,00 Euro koste, das widerspräche betriebswirtschaftlichem Denken. Es bestehe ein Restrisiko, wenn die Prognose der Fahrgastzahlen nicht stimme.

Oberbürgermeister Pauly: Das Risiko liege nicht bei der Stadt. Bei steigenden Fahrgastzahlen stiegen, erhalte die Stadt einen Rückfluss des Zuschusses.

Herr Wiest, Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH (VGB): Das Risiko trage allein die Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH (VGB) wie Oberbürgermeister Pauly gesagt habe. Es gebe keine Nachschusspflicht unabhängig von der Entwicklung bis Ende des Jahres.

Stadtrat Kaiser: Er sei dafür, schnell in die Verhandlungen einzusteigen und alle Variablen unter Beachtung der Veränderung der Kostenstrukturen zu diskutieren.

Herr Hummel: Ihm sei es wichtig, auf die Vorgeschichte sowie auf die Vertragsgrundlagen hinzuweisen. Die Stadt sei aufgrund vergaberechtlicher Vorschriften verpflichtet gewesen, eine EU-Vorabkennzeichnung zu veröffentlichen. Dennoch seien von den Verkehrsunternehmen keine eigenwirtschaftlichen Angebote für den Stadtbus abgegeben worden. Der einzige Bewerber sei schließlich die Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH (VGB) gewesen, die hingegen ein gemeinwirtschaftliches Angebot vorgelegt habe. Dies bedeute, dass der Stadtbusverkehr nicht ohne öffentlichen Zuschuss finanziert werden könne. Diese Rahmenbedingungen seien allen Beteiligten und dem Gemeinderat bekannt gewesen. Die Stadt zahle an die VGB nur den jährlichen Zuschuss in Höhe von 298.500 Euro, das wirtschaftliche Risiko während der Vertragslaufzeit liege allein bei der VGB. Ein Risiko seitens der Stadt bestehe somit nicht. Sollte die VGB über die vertraglichen Rahmenbedingungen hinaus höhere Einnahmen erzielen, könnten sogar Rückzahlungen der VGB an die Stadt erfolgen. Das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis habe im Übrigen deutlich gemacht, dass die Linienverkehrsgenehmigung nur erteilt werde, wenn der Verbundtarif des Verkehrsverbunds Schwarzwald-Baar eingeführt werde.

Stadtrat Kaiser: Das Defizit müsse ausgeglichen werden.

Oberbürgermeister Pauly: Es gebe eine Gegenfinanzierung.

Stadtrat Blaurock: Seine Fraktion habe Vorschläge wie die Parkraumbewirtschaftung gemacht. Aber Parkgebühren sowie alle anderen klar formulierten Vorschläge seien abgelehnt worden.

Beschluss:

Die Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4) TOP 1-005/19 Sachstand Werbung und Ausblick

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-005/019 ein.

Das 1,00 Euro Ticket habe man nach einer Verlängerung der Aktion um weitere sechs Monate auslaufen lassen, da eine langfristige Bindung der Kunden an den Stadtbus beabsichtigt werde.

Herr Hüsler, IBV Hüsler AG: Der Auftritt der Busse sei professionell gemacht worden. Er setze von nun an auf ein interaktives Marketing, um Kontakt mit potentiellen Kunden herzustellen. Auf Festen könne man die Leute viel leichter einbeziehen. Denkbar seien auch kleine Plakate am Haus oder an Gartenzäunen. Das brauche Organisationskraft.

Der erste Schritt, die Definition des Produkts, sei getan. Das Bus-Design stehe für die nächsten Jahre fest. Der zweite Schritt sei der Verkauf des Produkts. Nachdem das Produkt bekannt sei, sei zu prüfen wie es am Markt ankomme. Das solle nicht zu schnell passieren, sondern erst nach ungefähr zwei Jahren. Er habe ein großes Lob für die Art der Umsetzung, die mit Stil und Frische erfolgt sei, weiterzugeben.

Oberbürgermeister Pauly: Er danke Herrn Hüsler für seine Einschätzung als Experte.

Beschluss:

Die Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5) TOP 1-004/19 Kostendarstellung für das Jahr 2018

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-004/019 ein.

Die Gesamtkosten in Höhe von 636.289,00 Euro seien aufgeführt, weitere Details seien der Sitzungsvorlage zu entnehmen.

Stadtrat Dr. Wagner: Er nehme die Zahlen von 2018 zur Kenntnis. Von Interesse seien die Kosten in 2019: Es gebe fixe Kosten wie der Zuschuss für die Schülermonatskarten (3.031,00 Euro) und der Zuschuss an die VGB (295.000,00 Euro). Variabel seien die Werbe- und Personalkosten (50.000,00 Euro und rund 55.000,00 Euro).

Der Fahrpreis von 2,30 Euro sei definitiv zu viel. Wichtig seien belastbare Daten von Fahrgastzählungen durch den VBG.

Eine Möglichkeit zur Bedarfsermittlung sei aber auch, den Donaubus kostenlos anzubieten. Das koste zwar Geld, aber die Busse seien so auch ohne aufwendige Werbemaßnahmen und unnötigen Personalkosten ausgelastet und weitere Planungen möglich. Alles andere bringe nur Stillstand.

Stadträtin Weishaar: Der Analyse sei nichts hinzuzufügen. Sie wolle wissen, wann die nächsten Absprachen seien und wann eine Einigung des VSB über die Tarifstruktur in Sicht sei.

Stadtrat Kaiser: Der Vorschlag des Herrn Stadtrat Dr. Wagner sei verlockend, aber in der Praxis kaum umsetzbar. Es gebe keine Aboverkäufe mehr und die Abrechnung im Verbund gestalte sich schwierig. Er könne sich diese Extremvariante nicht vorstellen.

Stadträtin Wiemer: Eine Werbeaktion wie in Tübingen, an einem langen Samstag kostenlose Busse anzubieten, fände sie reizvoll. In Dortmund sei der kostenlose Bus nach langen Überlegungen doch nicht eingeführt worden.

Oberbürgermeister Pauly: Die Vorschläge würden intern auf ihre Praxistauglichkeit geprüft, denkbar wären auch kostenlose Busfahrten nur an Wochenenden.

Stadtrat Hall: In einem halben Jahr sehe man klarer.

Oberbürgermeister Pauly: Er wolle in einem kleinen Kreis zügig ausloten, was realistisch und durchführbar sei. Er gebe Herrn Hüsler recht, dass es abschrecke, wenn der Fahrpreis zuerst billig sei und danach teurer werde.

Herr Hüsler, IBV Hüsler AG (auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly): In Lichtenstein habe es ein ganzes Jahr Gratis-Busfahrten gegeben und auch Luxemburg habe das nun beschlossen. Das helfe auf den ersten Blick. Entscheidend sei aber, ob der Bus vermehrt genutzt würde. In Lichtenstein habe die Aktion die Fahrgastzahlen nicht entscheidend verändert. Nicht ausschließlich der Tarif bestimme, welches Verkehrsmittel genutzt werde. Auch das Image und der Marktauftritt des Busses sei sehr wichtig.

Eine konkrete Lösung habe er auch nicht. Es könne versucht werden, eine Finanzierung auf Landesebene zu erreichen und sich mit den Nachbarstädten abzustimmen, die das gleiche Problem hätten.

Beschluss: Die Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

--